

Pressemitteilung

Oktober 2019

«Medizinisches» Cannabis – ein Wegbereiter für die Legalisierung

Die Entkriminalisierung/Legalisierung/Regulierung von Cannabisprodukten wird seit über 40 Jahren in der Schweiz und anderen westlichen Ländern betrieben. Bereits wurde der «Freizeitkonsum» in einem Dutzend US-Staaten, in Uruguay und in Kanada legalisiert. In unserem Land wurde dieses Ansinnen in verschiedenen eidgenössischen Volksabstimmungen mit gutem Grund zurückgewiesen. Trotzdem üben, mit willfähriger Unterstützung der meisten Medien, verschiedene Interessengruppen und Vertreter aus Sozialwesen, Politik und Wirtschaft heute wieder vermehrten Druck auf die Öffentlichkeit aus, um auch in der Schweiz diesem Ziel näher zu kommen.

Weil die Drogenlegalisierungslobby international sehr gut vernetzt ist, lohnt es sich einen Einblick in eine 2017 erschienene amerikanische Studie zu nehmen. Sie trägt den Titel: «Das Geld zurückverfolgen, mit dem Cannabis legalisiert wird und weshalb dies von Bedeutung ist».

Die Studie von *National Families in Action* (NFIA) dokumentiert, wie drei amerikanische Milliardäre, die Cannabis als legales Genussmittel befürworten, während mehr als einem Jahrzehnt die Abstimmungen in 16 US-Staaten manipulierten, indem sie Stimmbürger überzeugten, medizinisches Cannabis zu legalisieren. – NFIA ist eine in Atlanta ansässige, 1977 gegründete gemeinnützige Organisation, die Eltern hilft, Kinder vom Gebrauch von Alkohol, Tabak und anderen Drogen abzuhalten. (www.nationalfamilies.org)

Der Bericht deckt die Strategie auf, mit der «medizinisches» Cannabis als Vorstufe für die allgemeine Legalisierung von Cannabis verwendet wurde. Er beschreibt, wie der Financier *George Soros*, der Versicherungsmagnat *Peter Lewis* und der gewinnorientierte Bildungsbaron *John Sperling* (und die Organisationen, die sie und ihre Familien finanzieren) systematisch den Widerstand gegen Cannabis untergruben und gleichzeitig verneinten, dass die Legalisierung auch des Freizeitkonsums ihr wirkliches Ziel sei.

Sie logen bezüglich gesundheitlicher Vorteile von Cannabis, nutzten die Hoffnung kranker Menschen aus, setzten sich über wissenschaftliche Tatsachen und Ratschläge der medizinischen Gemeinschaft hinweg und untergruben die Verbraucherschutzmassnahmen gegen unsichere, unwirksame Medikamente. Die Studie belegt, dass die drei Milliardäre – sobald sie ihr Ziel erreicht hatten (in Colorado und Washington seit 2012) ihre Geldmittel nur noch für Abstimmungen zur allgemeinen Legalisierung einsetzten. 2014 und 2016 spendeten sie 44 Millionen Dollar, um in Alaska, Oregon, Kalifornien, Arizona, Nevada, Massachusetts und Maine den Freizeitkonsum zu legalisieren. Einzig in Arizona konnten die Stimmbürger diese Attacke abwehren.

Das Dokument zeigt eine beunruhigende Parallele zwischen der Cannabis- und der Tabakindustrie auf. Beide haben sich stark entwickelt, weil sie zynisch damit rechnen, dass ihre Produkte bei zahlreichen jungen Konsumenten eine Abhängigkeit auslösen werden und sie somit für die kommenden Jahre neue Kunden gewinnen. Wie der Tabakkonsum wird auch die weitere Ausbreitung des Cannabiskonsums eine Vielzahl negativer Auswirkungen im Gesundheits-, Sicherheits- und Finanzbereich haben.

«Die Amerikaner wurden bereits knallhart mit den tragischen Auswirkungen des Tabakkonsums und den irreführenden Praktiken der Tabakindustrie konfrontiert. Cannabis als eine weitere abhängig machende Droge zu legalisieren, entfesselt eine Geschäftstätigkeit, die es erlaubt auf Kosten von grossem menschlichem Leid, unerreichten Lebenszielen, Krankheit und Tod, Milliarden von Dollars zu verdienen», sagte Sue Rusche, Präsidentin von National Families in Action. «Wenn die Leute wirklich verstehen würden, dass Cannabis kognitive, Sicherheits- und geistige Gesundheitsprobleme verursachen kann, abhängig macht und dass die Abhängigkeitsraten dreimal höher sein können als berichtet wird, würden weder die Stimmbürger noch die Gesetzgeber Cannabis legalisieren.»

Seit über 20 Jahren engagiert sich der Verein «Jugend ohne Drogen» für den Schutz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor den Gefahren des Rauschgiftkonsums. Wir werden uns auch in Zukunft mit dringend notwendigen Informationen und Aktivitäten für eine verantwortungsvolle und menschliche Drogenpolitik einsetzen.

Verena Herzog
Nationalrätin
Vereinspräsidentin

Jean-Paul Vuilleumier
Vereinssekretär